

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2256/2014**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 24.06.2014

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
 Verfasser/-in: Klaus Peter Möller, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

**Betreff:**  
**Förderung der E-Mobilität in Gießen**  
**- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.06.2014 -**

### Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln, wie innerhalb des Stadtgebietes erste Ladestationen für Elektro- und Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge installiert werden können.

Hierfür ist Kontakt aufzunehmen mit Versorgern, Parkhausbetreibern und Unternehmen, die auf diesem Gebiet bereits Erfahrungen haben oder dazu bereit sind, sich an der Förderung der E-Mobilität zu beteiligen. Vornehmlich ist der Einfluss der Stadt auf die SWG zu nutzen, um kurzfristig in einem städtischen Parkhaus die Möglichkeit zum Aufladen von Fahrzeugen zu schaffen. Bei einer Kombination von einheimischem (städtischem) Versorger und dem städtischen Eigentum an einem Parkhaus (z.B. Tiefgarage Rathaus/Berliner Platz) könnte eine zügige Planung und Umsetzung alleine durch eine ergebnisorientierte Befassung mit dem Ziel gewährleistet werden.“

### Begründung:

Die Nutzung von reinen Elektrofahrzeugen und Plug-In-Hybrid-Fahrzeugen wird in naher Zukunft eine echte Alternative zu herkömmlichen Verbrennungsantrieben darstellen. Besonders für Berufs- und Einkaufspendler würde die Schaffung von Ladestationen die Attraktivität der Anschaffung eines Elektrofahrzeuges fördern. Schon heute finden sich im Verkehrsgeschehen erste entsprechende Fahrzeuge. Durch die Schaffung von

Ladestationen, deren Nutzung bspw. mittels EC-/Kreditkarten-Abrechnung beglichen wird, könnten Pendler die Arbeitszeit oder Einkaufszeit nutzen, um das Fahrzeug wieder aufzuladen. Gießen könnte hiermit in der heimischen Region beispielgebend sein. In Städten des Rhein-Main-Gebiets mit hohem Einpendleranteil finden sich bereits entsprechende Möglichkeiten in Parkhäusern und Tiefgaragen. Es zeigt sich, dass die Akzeptanz dieser Angebote vornehmlich mit dem Standort zusammenhängt. Finanziell ist für den städtischen Haushalt kein nennenswerter Nachteil zu erkennen, wenn der Standort in städtischem Eigentum ist und die notwendige Infrastruktur (Station, Stromversorgung) durch den Versorger getragen würde. Hierbei könnte auch geprüft werden, ob durch eine Zusammenarbeit mit heimischen Geldinstituten eine finanzielle Beteiligung erreicht werden könnte.

Klaus Peter Möller  
Fraktionsvorsitzender